



„Ich fahr’ nachts nicht mehr gern mit der U-Bahn“

Neun Jahre Sicherheitspolitik à la CDU

Mai-Krawalle in der Schanze, brennende Autos fast jede Nacht, steigende Gewalt an Schulen und in öffentlichen Verkehrsmitteln, Messerstechereien am Wochenende, ein toter Schüler am Jungfernstieg: Das sind die Folgen einer verfehlten Sicherheits- und Präventionspolitik, die wir derzeit in den Hamburger Medien verfolgen müssen. Die Bürger sind verunsichert. Doch nicht nur die gefühlte Un-

sicherheit steigt, auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 17% mehr Gewaltdelikte im öffentlichen Nahverkehr, mit schwerer Körperverletzung fast 14%. An Hamburger Schulen stieg innerhalb eines Jahres die Zahl der Gewaltvorfälle um 34%, bei den schweren Straftaten sogar um 42%. Dazu kommen Angriffe auf Polizeireviere, die zunehmende Gewalt gegen Ordnungs- und Rettungskräfte sowie der neue Trend des „Gewalttourismus“ unter Jugendlichen. Dies führt dazu, dass nach einer Umfrage mittlerweile fast drei Viertel der Hamburger Angst haben, Busse und Bahnen zu nutzen, 40% seien schon einmal zumindest verbal belästigt worden.



cher. Die Überstunden steigen und steigen. In dieser Situation über Kürzungen an Personal und Finanzen zu sprechen, anstatt die Mittel endlich den Erfordernissen anzupassen, lässt nicht nur die Gewerkschaft der Polizei gegen den Senat auf die Barrikaden gehen. Hinzu kommen fahrlässige Gefährdungen der Einsatzkräfte durch katastrophale Strategie- und Planungsfehler wie am 1. Mai dieses Jahres.

Kahlschlag bei Polizei und Prävention

Demgegenüber steht ein Minus von 343 Vollzeitkräften seit 2006 und 400 Nachwuchskräften bei der Hamburger Polizei in der letzten Wahlperiode. Jetzt

Doch nicht nur die Schleifung der Hamburger Polizei entgegen den Entwicklungen in unserer Stadt ist dem Senat vorzuwerfen. Vielmehr muss man die Frage stellen, warum es überhaupt soweit kommen muss, dass Jugendliche Gewaltkarrieren beschreiten und als Intensivtäter Unbeteiligte zu Tode bringen. Oder dass an den Schulen Gewalt gegen Minderheiten und Schwächere zum Alltag gehört. Wer mit Innensensoren wie Schill und Kusch jahrelang Prävention und Aufklärung einerseits abbaut und andererseits duldet, dass Strafverfahren unnötig verzögert werden, muss sich

nicht wundern, wenn Gewaltmilieus entstehen, die alle Beteiligten rat- und hilflos machen. Konzepte, die Prävention und konsequente Bestrafung intelligent kombinieren, sind gefragt.

Sozialdemokratische Lösungsansätze

Ein solches ist das Konzept „Bahnsteigkante“, das die SPD-Fraktion in die Bürgerschaft zur Abstimmung eingebracht hat. Es sieht ein striktes Waffen- und Alkoholverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Sicherheits- und Servicekräfte auf den Bahnsteigen vor, die als Ansprechpartner bereit stehen und bei gefährlichen Situationen schnell Polizei oder Bundespolizei alarmieren können. Dies ist auch finanz- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, denn wenn so Menschen wieder in Arbeit gebracht werden können, ist das aus Arbeitsmarkt-Mitteln kofinanzierbar. Als weitere Maßnahme soll es in allen Verkehrsmitteln des HVV bis zum Jahresende Videoüberwachung geben.

Neue Wege, um der Gewaltentwicklung unter Jugendlichen in der Stadt Herr zu werden, geht das „Bergedorfer Modell“ des Jugendrichters Olaf Masch, das eine Personalunion von Jugend- und Familienrichter vorsieht. Das Familienrecht erlaubt erzieherische und zeitnahe Maßnahmen – etwa den Einsatz eines Betreuers – während im Jugendrecht nach der Tat schon mal längere Zeit bis zur Verhandlung verstreicht. Zudem werden im „Bergedorfer Modell“ die Eltern nach der Tat ins Verfahren integriert, was einen großen Einfluss auf das Verhalten und die familiäre Situation der jugendlichen Straftäter hat. Das Konzept, das in Bergedorf bereits gute Erfolge vorweisen kann, wird von der SPD-Fraktion unterstützt. Diese hält auch ein „Haus des Jugendrechts“ für möglich, in dem alle zur Bekämpfung von Jugendgewalt relevanten Institutionen unter einem Dach arbeiten. CDU und GAL sperren sich bisher gegen diese Ansätze.

Den Karren aus dem Dreck ziehen

Wir erinnern uns noch gut an den Law-and-order-Wahlkampf 2001 und die populistischen Maßnahmen eines Innensensors Schill, dem Steigbügelhalter des Herrn von Beust. Davon geblieben sind nach neun Jahren ein Scherbenhaufen in

Aus planloser, realitätsferner Innenpolitik, die einseitig auf härtere Gesetze baut, ohne sich um die Durchsetzungsfähigkeit dieser zu kümmern, wird jetzt ein Gewaltpotenzial, das mit viel Aufwand eingedämmt werden muss.





Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem letzten Landesparteitag Ende Juni haben wir einen neuen Landesvorstand gewählt – das letzte Mal vor der nächsten Bürgerschaftswahl. Nun wird zurzeit viel darüber spekuliert, wann die Wahl denn stattfinden soll: im Februar 2012? Oder früher? Ich meine, dass unsere Chancen für einen Erfolg gut wie nie sind, ganz gleich, welcher Wahltermin es letztlich sein wird. Wir sind gut aufgestellt: mit einem vergrößerten Landesvorstand, der in seiner neuen Zusammensetzung viele gute Impulse für die programmatische Arbeit leisten kann, die wir für die Vorbereitung unseres Wahlkampfes brauchen. Wir haben eine Bürgerschaftsfraktion, die hervorragende Arbeit leistet und dazu beiträgt, dass die Positionen der SPD in der Stadt bekannt werden. Und wir haben viele engagierte Mitglieder, die nach manchen Enttäuschungen wieder neuen Mut gefasst haben und an einem Wahlabend endlich wieder auf der Seite der Gewinner stehen wollen. Außerdem sind wir die einzige Partei, die sich der Gesellschaft gegenüber öffnet und aktiv den Dialog sucht. Mit den ersten Veranstaltungen aus unserer Reihe „Hamburg gemeinsam gestalten“ sind wir sehr erfolgreich in unsere Kampagne gestartet. Wir werden dieses Konzept weiter verfolgen und bis zum Herbst nächsten Jahres in allen 17 Bürgerschaftswahlkreisen entsprechende Termine planen. Zieht man noch die Ergebnisse der letzten Hamburg-Umfragen hinzu, die für uns sehr positiv ausfielen, dann kommt man zu folgendem Schluss: Die SPD in Hamburg ist eine Partei, die sich auf's Regieren vorbereitet. Ich wünsche mir, dass dies die Botschaft für die vor uns liegenden Monate wird.

Die Ausgangsbedingungen sind also gut. Doch es bleibt viel zu tun, denn es reicht nicht, dass die anderen schlecht sind. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, uns als politische Alternative zu präsentieren. Vor allem aber müssen wir unsere wiedergewonnene Geschlossenheit bewahren. Wir haben es im vergangenen halben Jahr geschafft, als Hamburger SPD ein gutes Bild in der Öffentlichkeit abzugeben. Wir alle wissen, dass das nicht immer so war. Es ist aber unbedingte Voraussetzung für einen Wahlerfolg. Deshalb ist meine Bitte: Helft alle mit, dass dieses positive Bild von unserer Partei erhalten bleibt! Wenn wir stärkste politische Kraft werden wollen, ist ein gewisses Maß an Disziplin unabdingbar.

Ich wünsche euch einen guten Sommer und eine erholsame Urlaubs- und Ferienzeit.

Euer
Olaf Scholz

„Ich fahr' nachts nicht mehr gern mit der U-Bahn“

Fortsetzung von Seite 1

der Präventionspolitik und eine kaputtgesparte Polizei. Die Folgen davon sind jetzt zu spüren: Aus planloser, realitätsferner Innenpolitik, die einseitig auf härtere Gesetze baut, ohne sich um die Durchsetzungsfähigkeit dieser zu kümmern, wird jetzt ein Gewaltpotential, das mit viel Aufwand eingedämmt werden muss.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Wochen mit einer Vielzahl von Anfragen und aktuellen Stunden in der Bürgerschaft die Finger in die Wunde gelegt, damit die Missstände nicht weiter unter den Teppich der Koalitionsfriedens gekehrt werden. Gleichzeitig haben unsere Abgeordneten

durchdachte eigene Konzepte zu den Themen Sicherheit und Gewaltprävention vorgelegt, die unter Bürgern wie Experten mit Wohlwollen und Anerkennung aufgenommen wurden. Mehr dazu findet ihr im Internet auf den Seiten der Fraktion www.spd-fraktion-hamburg.de.

Die SPD wird wieder als kompetenter Partner in der Innen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen – bleibt nur zu hoffen, dass CDU und GAL wie in der Bildungspolitik ihren parteipolitischen Stolz überwinden und unsere Vorschläge aufnehmen. Denn eines ist sicher: Ein „weiter so“ kann sich Hamburg und auch der Senat nicht mehr lange leisten.

Zwei Demos für ein Ziel: Die Schulreform

Zum Start der Abstimmung demonstrierten Anfang Juni tausende Menschen für die Schulreform in Hamburg. Den Anfang machten am 3. Juni ca. 5000 Schülerinnen und Schüler bei einer Demo des Bündnisses rund um die Schülerkammer Hamburg, nur zwei Tage später zog eine bunte Parade der „Schulverbesserer“ durch die Hamburger Innenstadt. Das machte Eindruck: Ein gelungener Auftakt und ein deutliches Zeichen für bessere Bildung in Hamburg!



Ein neuer Preis für herausragende politische Projekte

Noch bis 4. Oktober bewerben!

Die politische Arbeit in den Kreisen und Distrikten ist die Basis einer starken SPD in unserer Stadt. Für besonders herausragende Projekte der stadtteilpolitischen Arbeit wird auf dem Landesparteitag im November erstmalig ein Preis verliehen: Der Elisabeth-Ostermeier-Preis.

Der nach der langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten Elisabeth Ostermeier benannte Preis wird künftig alle zwei Jahre auf dem ordentlichen Landesparteitag besonders gelungene Beispiele für die Vernetzung und Verankerung der SPD vor Ort auszeichnen. Hiermit soll auf außergewöhnliche Projekte einer gelungenen Stadtteilarbeit hingewiesen werden, die anderen Inspiration und Ansporn sind.

Eine Jury wird mehrere Projekte auswählen, welche während des Landesparteitags im Foyer zu sehen sind. Aus diesen werden drei Preisträger ausgewählt. (1. Preis: 500 Euro; 2. Preis: 300 Euro und 3. Preis: 200 Euro). Zusätzlich wird ein Delegiertenpreis vergeben, bei dem der Sieger den Erlös einer Sammlung unter den Delegierten des Parteitages erhält.

Bewerbungen werden noch bis zum 4. Oktober in der Landesorganisation entgegengenommen. Bisher liegen lediglich drei spannende Projekte vor, daher wurde die Preisverleihung vom Landespar-

teitag im Juni auf den im November verschoben. Bewerben können sich Distrikte, Arbeitsgemeinschaften auf Kreis- oder Distriktsebene sowie Projektgruppen der Kreise und Distrikte. Die nominierten Projekte müssen stadtteilbezogen und ein Beispiel dafür sein, dass die SPD im Stadtteil verankert und nahe bei den Menschen ist.

Wir freuen uns auf ein spannendes Abbild der Vielfalt sozialdemokratischer Arbeit in Hamburg und sind gespannt auf interessante Vorschläge!

Also jetzt bewerben!

Wer war Elisabeth Ostermeier?

Elisabeth Ostermeier (1913–2002), war seit ihrer frühen Jugend in der sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD politisch aktiv.

Nachdem ihre Widerstandstätigkeit während der NS-Zeit verraten wurde, wurde sie von der Gestapo für mehrere Monate inhaftiert.

1946 wurde Elisabeth Ostermeier Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, der sie 32 Jahre angehörte. Sie engagierte sich in den Bereichen der Jugend- und Sozialpolitik sowie im Arbeitsrecht.

Europa aktuell

Ab nach Mallorca – aber erst durch den Nacktscanner?

von Knut Fleckenstein, MdEP



In der nächsten Woche beginnen die Sommerferien und ich wünsche euch einen erholsamen Urlaub.

Touristen, die mit dem Flugzeug verreisen, werden wieder auf die Sicherheitskontrollen am Flughafen stoßen. Seit dem versuchten Bombenanschlag auf dem Flug von Amsterdam nach Detroit Ende 2009 ist die Diskussion über die Körperscanner auf europäischer Ebene wieder entbrannt. Sie werden auch Nacktscanner genannt, weil sie in der Lage sind, Gegenstände zu erkennen, die Personen am Körper tragen. Die durchleuchteten Personen sehen wie nackt aus.

Mitte Juni hat die Europäische Kommission einen Bericht vorgestellt, in dem sie sich dafür ausspricht, europaweit Körperscanner einzuführen. Einige Länder arbeiten bereits mit einzelnen Exemplaren. Doch noch immer

streiten sich die Experten darüber, welche Technik am meisten erkennt und welche am wenigsten gesundheitsschädlich ist. Datenschützer diskutieren, wie es mit dem Persönlichkeitsschutz von Passagieren aussieht, wenn quasi alles zu sehen ist und auch gespeichert werden könnte. Nicht zu vergessen die Frage, wie schnell die Wissenschaft die nächste Generation von Geräten entwickelt. Bei Anschaffungskosten von rund 200.000 Euro pro Stück will kein Flughafen Geräte kaufen, die wenig später schon wieder veraltet sind. Und was den Bomber von Detroit angeht, sind sich die Experten auch nicht einig, ob ein Körperscanner den Sprengstoff tatsächlich erkannt hätte.

Bei allem Verständnis für das Sicherheitsgefühl von Reisenden, eine 100-prozentige Sicherheit werden wir nie

erreichen. Bringt der Körperscanner also wirklich einen deutlichen Sicherheitsgewinn? Nützt er den Passagieren, weil die Kontrollen schneller und unkomplizierter ablaufen? Ist er wirklich nicht gesundheitsschädlich, auch nicht für Schwangere und kleine Kinder? Solange diese Fragen nicht abschließend geklärt sind, bin ich sehr skeptisch.

Warum gibt es eigentlich nur am Flughafen diese ganz speziellen Sicherheitskontrollen – nicht aber auf Bahnhöfen? Geht es nur darum, größere Sachschäden zu verhindern und nicht darum, jeder Person die größtmögliche Sicherheit zu bieten?

Das Europäische Parlament hat die nächsten Wochen Gelegenheit, eine Stellungnahme zum Bericht der Kommission abzugeben. Wie seht Ihr das? Schreibt mir doch Eure Meinung an europa@knut-fleckenstein.eu.

Termine

3. Juli, 10 Uhr

Neumitgliedertag

Ein spannender Tag für alle neuen Mitglieder, um den Einstieg in die Parteiarbeit und -kultur zu erleichtern.
Kurt-Schumacher-Allee 10
Verbindliche Anmeldung:
Tel. 28 08 48-36

4. Juli, 11 Uhr

Freizeit-Fußballturnier der SPD Meiendorf

Freizeitmannschaften für Spieler ab 16 Jahre, 5 Feldspieler und max. 4 Auswechselspieler
Sportplatz Deepenhorn

4. Juli, 11.30 Uhr

Sternmarsch zum Sprehafenfest (Zollzaunöffnung) mit Begleitmusik, Wilhelmsburger Platz (Veddel) und Stübenplatz (Wilhelmsburg)

4. Juli, 11 Uhr

Arbeitsmarktpolitik – sparen oder neue Impulse?

Vereinshaus des Farmsener Turnvereins | Berner Heerweg 187 b

6. Juli, 10 Uhr

AG 60 plus Wandsbek:

„Was müssen wir tun, damit der Wähler uns wieder vertraut und glaubt, dass seine Anliegen bei uns in guten Händen sind?“
Kreisbüro Wandsbek | Schloßstraße 7

9. Juli, 17 Uhr

Sommerfest St. Pauli Süd

Clemens-Schultz-Straße 45

11. Juli, 17 Uhr

Veddelfrühstück

Iba-Dock, 1. Deck | Am Zollhafen 12

25. Juli, 11 Uhr

Bundespolitischer Frühschoppen mit Johannes Kahrs: „Politisches Chaos in der Sommerpause“

Ständige Vertretung | Stadthausbrücke 1

29. Juli, 19 Uhr

30 Jahre CSD

Empfang der SPD-Fraktion im Hamburger Rathaus

3. August, 10 Uhr

AG 60 plus Wandsbek:

„Der Lissabonvertrag, Grundlage für ein demokratisches Europa?“

Kreisbüro Wandsbek | Schloßstraße 12

10. August, 19 Uhr

Projektgruppe Geschichte

SPD Barmbek | Am Hasenberge 44

18. August, 19.30 Uhr

Stadtteilgespräch mit Olaf Scholz

Altona-Nord/Sternschanze

Arnkielstr. 2-4 (Schule)

Ein Gebärdensprachdolmetscher ist anwesend.

Berlin direkt

von Aydan Özoguz.

Das Dauer-Desaster der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin dauert an. In der letzten Ausgabe des Hamburger Kurses hatte bereits Johannes Kahrs über das Versagen von Merkel bei der Griechenland-Krise und dem Euro-Rettungspaket berichtet. Auch in den letzten Wochen wurde immer deutlicher: Nur die Angst vor dem Machtverlust hält die „Wildsäue“ (FDP über CSU) und die „Gurkentruppe“ (CSU über FDP) noch zusammen.

Wichtigstes Thema im politischen Berlin sind derzeit die „Sparpläne“ der Bundesregierung, vorgestellt am 8. Juni. Bis 2014 sollen 80 Milliarden Euro eingespart werden, um den maroden Bundeshaushalt zu sanieren und die Schuldenbremse ab 2011 einzuhalten. Die Pläne sind unsozial und ungerecht! Mich hat besonders erschreckt, mit welcher Leichtigkeit CDU/CSU und FDP gerade bei Familien, Arbeitslosen und Geringverdienern streichen wollen. Vermögende, Banken und die Atom-Industrie bleiben verschont.

Arbeitslose trifft der schwarz-gelbe Sparhammer besonders hart: Hartz-IV-Empfängern wird das Elterngeld komplett gestrichen! Das soll den Haushalt um 400 Mio. Euro im Jahr entlasten, zerstört aber Fördermöglichkeiten und Zukunftschancen vieler Kinder. Zum Vergleich: Die Rücknahme der Mehrwertsteuer-Senkung für Hoteliers würde 3,5 Milliarden Euro bringen.

Außerdem soll Hartz-IV-Empfängern der monatliche Rentenversiche-

rungsbeitrag von ca. 40 Euro ersatzlos gestrichen werden.

Das bedeutet Altersarmut, weil für (vorübergehend) Arbeitslose nichts in die Rentenkasse eingezahlt wird und sie im Alter weniger Rente bekommen.

Ein ganz schlimmes Signal ist für mich insbesondere die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger. Ihnen bleibt am Ende des Monats noch weniger des ohnehin kärglichen Lohns. Das soll 100 Mio. Euro bringen. Zum Vergleich: Zwei Atomkraftwerke verdienen das in 50 Tagen.

Bei aller Kritik gebe ich zu bedenken, dass natürlich gespart werden muss. Aber doch nicht so! Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bringt laut DIW jährliche Staatseinnahmen von 16 bis 21 Milliarden Euro. Da wären die 80 Mrd. Euro des ungerechten Sparpakets in vier Jahren schon zusammen.

Journalisten, Wirtschaftswissenschaftler und alle klar denkenden Menschen sind sich einig: Sparen bei denen, die ohnehin am wenigsten haben, ist zutiefst ungerecht, unsozial und zukunftsfeindlich. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diesen Irrsinn nicht mittragen. Zusammen mit den Gewerkschaften machen wir in den nächsten Wochen mobil gegen den schwarz-gelben Sozial-Kahlschlag.



In jeder Ausgabe des „Hamburger Kurs“ berichten die Mitglieder der Hamburger Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten in der Rubrik „Berlin direkt“ aus ihrer Arbeit.

**Fragen? Sorgen?
Probleme?
Anregungen?**

**Wir sind für Sie da!
Das SPD-Bürgerbüro**

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel.: 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

**Schöne Ferien
und ausreichend
Erholung
wünscht die
SPD Hamburg!**



Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Jörg Schmall
Mathias Büttner

**Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe**
12. August 2010

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg